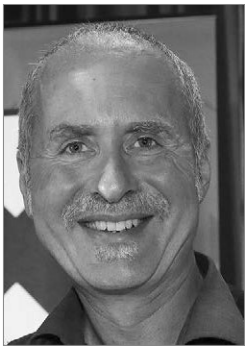
Im Zeitalter der Trumpeltiere

■ MARKUS SCHLAGNITWEIT



Markus Schlagnitweit ist Hochschul-, Akademiker- und Künstlerseelsorger der Diözese Linz und Rektor der Linzer Ursulinenkirche.

Bekanntlich hat sich die römisch-katholische Kirche mit der Anerkennung der Demokratie und der von dieser vorausgesetzten bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte zumindest über lange Zeit nicht leicht getan. Die von ihr postulierte moralische Pflicht „in der Wahrheit zu leben" erschien ihr unvereinbar etwa mit einem uneingeschränkten Recht auf freie Religionsausübung oder freie Meinungsäußerung. Ein solches Recht könne allenfalls doch nur von der „einzig wahren Religion" beansprucht werden bzw. von jemandem, der „in der Wahrheit lebt". Bedingungslose bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte würden demgegenüber ein „Recht auf Irrtum", wenn nicht sogar „auf Lüge" implizieren.

Wenn heute meine Kirche bzw. der Vatikan als ihr politischer Arm die demokratischen Grund- und Freiheitsrechte als erste Gruppe der allgemeinen Menschenrechte zwar noch immer nicht ratifiziert hat aber de facto weitgehend anerkennt, dann steht dahinter ein für sie gewiss nicht einfacher und jedenfalls schmerzvoller Lernprozess: Das Naturrecht als unüberbietbarer Maßstab und Grundstein für die Definition von „Wahrheit" erwies sich in der Konfrontation mit den modernen Wissenschaften als gar nicht so sicher und fest wie angenommen. Zahlreiche vermeintlich unumstößliche Wahrheiten mussten in Folge dieser Erkenntnis relativiert, revidiert oder gar aufgegeben werden. Die Suche nach neuen Fundamenten der Wahrheit verlagerte sich von der einseitig dogmatischen Feststellung derselben zusehends in den Raum des offenen, faktenbasierten und herrschaftsfrei argumentierenden Diskurses, der selbst wieder hochentwickelte demokratische Gesellschaften auf Basis der bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte als sozialen Rahmen voraussetzt. Wurden demokratische Gesellschaftsformen ursprünglich also noch als Gefährdung eines „Lebens in der Wahrheit" gesehen, so sind sie heute geradezu als deren Voraussetzung anzuerkennen – wenn …

… ja wenn die modernen Demokratien nicht allmählich begännen, sich selbst zu unterlaufen und auszuhöhlen: Die bürgerlichen Freiheiten drohen zu bloßen Beliebigkeiten zu zerbröseln, wenn etwa in unseren modernen Informations- und Mediengesellschaften das Recht auf freie Meinungsäußerung verwechselt wird mit einem vermeintlichen Recht, jeden noch so evident hanebüchenen Stumpfsinn als „subjektive Wahrheit" zu behaupten und auch noch zu veröffentlichen, und diesem Recht keine Pflicht zur Argumentation und faktenbasierten Beweisführung mehr gegenüber steht. Der Areopag des freien, demokratischen, aber immer noch regelbasierten Diskurses zerfällt zusehends in eine Unzahl weitgehend voneinander isolierter „sozialer Echoräume", zwischen denen bestenfalls noch Hasstiraden und gegenseitige Denunziationen ausgetauscht werden, aber jedenfalls kein Dialog mehr stattfindet. Gleichzeitig vermüllen die noch verbleibenden öffentlichen Diskursorte unter exponentiell wachsenden Bergen von hemmungslos behaupteten Halbwahrheiten, skrupellos interessegeleiteten Falschinformationen und „fake news", maßgeschneidert „alternativem Faktenmaterial" etc. Die babylonische Sprachverwirrung scheint dank online-Babbel einigermaßen bewältigt zu sein; die neue Herausforderung besteht im Umgang mit wahren Tsunamis an alternativ- oder postfaktischen „Meinungsrülpsern", von denen das neue US-präsidentielle Trumpeltier alleine bereits kolportierte 34.000 via Twitter

abgesetzt hat. (vgl. DIE FURCHE 3/2017, S. 5)

Meines Wissens ist Tsunamis nur mit einer großen Zahl fest im Boden verankerter Wellenbrecher zu begegnen. Diesfalls verstehe ich darunter Menschen, die treu sich der oft mühevollen Disziplin diskursiver Wahrheitssuche unterwerfen. Dem auf Lautstärke und massenhafte Wiederholung setzenden Gebrüll populistischer Trumpeltiere ist nur zu begegnen, indem ihre kolportierten Behauptungen kritisch argumentierend auf ihren Wahrheitsgehalt abgeklopft, die Kurzatmigkeit ihrer Lösungskonzepte bloßgestellt und ihre dahinter liegenden Interessen offen gelegt werden – geduldig, beharrlich, unaufgeregt und ohne das eigene Argumentationsniveau aufzugeben. Humor soll sich auch schon hervorragend bewährt haben – zur Entlarvung populistischen Meinungsmülls ebenso wie zur Stützung der eigenen Moral. Dem Einzelnen mag das wie Sisyphos-Arbeit oder der berühmte Tropfen auf heißem Stein anmuten – aber wenn genügend einzelne Wellenbrecher auf jeweils ihrem Posten agieren, kann die Welle vielleicht nicht immer ganz gebrochen, aber doch ihre Kraft umgelenkt und Schaden verringert werden. Die jüngsten Siegeszüge postfaktischer PolitikerInnen machen jedenfalls deutlich, dass unsere Welt viele solcher unverdrossenen Wellenbrecher heute mehr denn je braucht, um ein katastrophales „Demokratie unter" zu verhindern. Das aber ist unabdingbar, um in einer pluralen Welt weiterhin „in der Wahrheit leben" zu können. ■

■ Der Areopag des freien, regelbasierten Diskurses zerfällt in eine Unzahl voneinander isolierter sozialer Echoräume.

Ungarn unterscheidet sich von anderen mittelosteuropäischen Ländern – und in den letzten Jahren immer deutlicher und immer unangenehmer. Die Aggressionen gegen Roma nahmen bedrohliche Formen an und der Antisemitismus ist allgegenwärtig, doch die Regierung tut nichts dagegen. Außerdem glaubt Ungarn zunehmend, eine Insel zu sein – was woanders gilt, muss noch lange nicht in Ungarn gelten, und das Ausland kann Ungarn sowieso nicht verstehen und will immer alles besser wissen; dieser Refrain ist in den ungarischen Medien ebenso zu hören wie in alltäglichen Gesprächen.

Die entscheidende Frage lautet: Warum ist Ungarn anders als andere mittelosteuropäische Länder? Und eine erste Antwort darauf: Weil es bis 1990 nie eine Demokratie erlebt hat. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einer Räterepublik, und als diese scheiterte, trat »Reichsverweser« Miklós Horthy auf den Plan, der 1944 mit nazideutscher Unterstützung von den Pfeilkreuzlern gestürzt wurde. Die demokratischsten Jahre Ungarns waren zwischen 1946 und 1949. Darum wollte der ungarische Historiker István Bibó auf seinen Grabstein schreiben lassen: »Ich habe gelebt 1946–1949«. Danach war die kommunistische Diktatur etabliert, die bis 1989 herrschte.

Der 4. April ist bis heute ein problematischer Tag in Ungarn. Eigentlich gälte es, das Ende des Zweiten Weltkriegs zu feiern (an diesem Tag wurden die Kampfhandlungen in Ungarn eingestellt). Aber da die »Befreiung« Budapests durch die Sowjetarmee geschehen und man die »Befreier« nicht mehr losgeworden war, musste dieser Tag im Kommunismus mit großem Pomp begangen werden – bis in die fünfziger Jahre mit Militärparaden vor der Stalin-Statue; außerdem wurden an diesem Tag die staatlichen Auszeichnungen verliehen. Ein Ungar, der die Befreiung vom Nationalsozialismus (dem deutschen und dem hausgemachten der Pfeilkreuzler) unter Anführungszeichen setzt, ist also nicht unbedingt ein verkappter Faschist, er erinnert sich nur daran, dass die »Befreiung« zugleich der Anfang der nächsten Diktatur war. Ungarns Verlegenheit mit seinem 4. April ist ein Indikator für die mangelnde Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, aber auch ein ernstzunehmendes Signal dafür, dass es innerhalb der EU (von ganz Europa gar nicht zu reden) kein gemeinsames kollektives Gedächtnis an den Zweiten Weltkrieg gibt.